

Schorlemmer äußert sich dazu in der "Berliner Zeitung" vom 7./8. September 1991: "Solch ein Tribunal muß die Funktionsmechanismen, die Hintergründe, die psychologischen Abstützungen und die psycho-sozialen, ökonomischen, politischen und ökologischen Folgewirkungen des Systems offenlegen .... Zusammensetzen müßte sich das Tribunal aus Kompetenzen der verschiedensten Bereiche: Wissenschaftler, Historiker, Sozialpsychologen, Staats- und Völkerrechtler, Friedensforscher, Philosophen und Marxisten. Und Vertreter von Legislative und Exekutive. ...

Dazu müssen die Verantwortlichen aus Parlamenten, Verwaltungen und Parteien der Ex-DDR vorgeladen werden. ...

Ziel des Tribunals ist folgendes: Es muß ganz klar werden, um was für ein System es sich hier gehandelt hat. Offengelegt werden muß, daß dieses System im Grunde genommen der Menschlichkeit widersprach, aber im Namen der Menschlichkeit gehandelt hat.

Es muß den Menschen, die in diesem System gelebt haben, möglich gemacht werden, sich über ihre Rolle klar zu werden und sich mit dieser auseinanderzusetzen, statt den Sündenbock zu suchen, an dem sie sich selbst entlasten können."

### **Der Begriff Tribunal ist nicht geeignet**

Das grundsätzliche Anliegen begrüße ich. Eben deshalb halte ich jedoch den Begriff Tribunal für nicht geeignet. Das klingt zu sehr nach juristischer Aufarbeitung, nach Abrechnung und Verurteilung. Und genau das sollte eine organisierte öffentliche Form der Vergangenheitsaufarbeitung nicht sein. Ich habe allerdings Schwierigkeiten, einen geeigneten Begriff für eine solche Art der öffentlichen Aussprache zu finden. Vielleicht wäre ein großer öffentlicher Runder Tisch geeignet. Es geht nicht nur um ein Forum für Spezialisten - Wissenschaftler, Politiker, Juristen usw. -, sondern um eins für den normalen ehemaligen DDR-Bürger mit allen Differenzierungen, wobei selbstverständlich auch die wissenschaftliche Aufarbeitung und damit auch die Spezialisten dafür unverzichtbar sind. Also kein Tribunal, kein Scherbengericht, keine einseitige Schuldzuweisung an die Verantwortlichen der Ex-DDR, an die ehemaligewn MfS-Mitarbeiter, sondern eine Chance für alle Bürger, die in der DDR keinen aktiven Widerstand geleistet haben - und das war die absolute Mehrheit - sich an ihre eigene Vergangenheit zu erinnern und sich zu ihr zu bekennen, sich ihrer Mitschuld bewußt zu werden.

Aber dieses Erinnern ist, wie Jutta Braband in ihrem bereits genannten Bekenntnis aus eigener Erfahrung in der Zeitung "Neues Deutschland" vom